

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Liebe Leserinnen und Leser,

250 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus ganz Deutschland kamen am Donnerstag der vergangenen Sitzungswoche im Berliner Reichstagsgebäude zusammen – auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion. Anlass war die dritte kommunalpolitische Fachkonferenz der Fraktion. Im Zentrum der Diskussion stand die Integrationspolitik.

In seiner Auftaktrede sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, es gebe aktuell zwei Krisen zu bewältigen: die massenhafte Ankunft Asylsuchender und die dringend notwendige vernünftige Integration derjenigen, die tatsächlich hier bleiben dürfen. Das Integrationskonzept der SPD trägt die Überschriften „sozialen Zusammenhalt sichern“ und „fördern und fordern“, denn, so Oppermann: „Die Spielregeln der Demokratie sind die Geschäftsgrundlage der Integration. Wir dürfen die Fehler der 50er-, 60er- und 70er-Jahre nicht wiederholen. Deshalb volle Konzentration auf Integration! Was wir heute investieren, zahlt sich morgen aus. Und was wir heute versäumen, lässt sich später nicht mehr nachholen“. Er betonte zudem mit Nachdruck: Die Kommunen dürfen mit den Kosten der Integration nicht alleine gelassen werden!

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, das Positionspapier der SPD zu Arbeit 4.0, die Reform des Meister-BAföGs sowie die Regulierung von Werbung für Tabakerzeugnisse.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

KOMMUNALKONFERENZ Die Demokratie ist die Geschäftsgrundlage der Integration 3

ARBEIT SPD-Fraktion diskutiert mit Betriebs- und Personalräten über Leiharbeit und Werkverträge 5

ARBEIT Positionspapier zu Arbeiten 4.0: Zukunft der Arbeit gestalten 7

BILDUNG Meister-BaföG-Reform: mehr Anreize für beruflichen Aufstieg 8

GESUNDHEIT Tabakkonsum einschränken – Prävention stärken 10

TOP-THEMA

KOMMUNALKONFERENZ

Die Demokratie ist die Geschäftsgrundlage der Integration

3

Sie waren hier, um Antworten zu bekommen, um Anregungen zu geben, um sich auszutauschen, aber auch, um zuzuhören, zu lernen. 250 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus ganz Deutschland sind am vergangenen Donnerstag ins Berliner Reichstagsgebäude gekommen – auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion. Anlass war die dritte kommunalpolitische Fachkonferenz der Fraktion. Im Zentrum der Diskussion stand diesmal die Integrationspolitik.

Im Fraktionssaal begrüßte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup die Genossinnen und Genossen aus den Kommunen, darunter etliche Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister. „Die Kommunen wollen ja gestalten in der Flüchtlingspolitik, aber sie brauchen Unterstützung vom Bund“, sagte Daldrup zu Beginn. Völlig einig sei man sich, dass die SPD eine humane Flüchtlingspolitik, aber eben auch allen Ansprüchen gerecht werden wolle.

Flüchtlingspolitik ist ein Katalysator für die EU

SPD-Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel fragte in den Saal: „Was ist wichtiger – die schwarze Null von Herrn Schäuble oder das Investieren in Integration?“ Es sei scheinheilig, was die CDU mache: nach strengen Integrationsregeln rufen, aber nicht sagen, wie die Integration bezahlt werden solle.



Gabriel erklärte, dass die Flüchtlingspolitik im Grunde „ein Katalysator für ein Rollback der letzten zehn Jahre in der Europäischen Union“ sei. Aus Sehnsucht nach Überschaubarkeit flüchteten sich die europäischen Mitgliedstaaten in Renationalisierung. Den Menschen sei „alles zu schnell, zu viel“, die Globalisierung und ihre Folgen etwa. Das Schlimmste, was nun passieren könne, sei eine Gesellschaft, die sich spalte – in die, die kommen, und die, die hier sind. Und dass sich ein Satz in die Mitte der Gesellschaft fresse: „Für die Flüchtlinge tut ihr alles, für uns nichts“. Abgewandelt lautet der Satz „Ihr rettet Banken und die Griechen und die Flüchtlinge, aber für die Rentner hier ist kein Geld da.“ Die Rechten träten nun als Spaltpilz auf und verstärkten dieses Empfinden. Diese Einschätzung teilten viele der anwesenden Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Sie betonten, dass bei Integrationspaketen immer auch Unterstützung für die hier lebenden Menschen geleistet werden müsse.

Viele Anregungen aus den Kommunen

Natürlich müssten die Flüchtlingszahlen drastisch sinken. „Ich sage euch aber, das passiert nur, wenn in Syrien keine Bomben mehr fallen“, so Gabriel. Und mit Blick auf Europa stellte er klar, dass der Schengen-Vertrag die Sicherung von Außengrenzen sogar voraussetze. Darauf hatte auch Thomas Oppermann zuvor hingewiesen. Zudem: Von 28 Ländern in der EU nahmen 23 nicht einen Flüchtling auf, so Gabriel.

Die Kommunalvertreter schilderten aus ihrem Alltag, wo sie auf integrationspolitische Hürden stoßen, etwa bei der Anerkennung ausländischer Ausbildungen, der Einbindung von Flüchtlingen in die Herrichtung von Unterkünften oder bei der Verzahnung von Leistungen der Jugendhilfe, der Grundsicherung und der Sozialhilfe. Viele Teilnehmer forderten außerdem weitere finanzielle Unterstützung des Bundes, zum Beispiel für Investitionen, Kita- und Schulplätze, den öffentlichen Beschäftigungssektor und die Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Es kamen viele Hinweise und Anregungen, etwa die Bürokatienregeln drei Jahre auszusetzen oder für alle organisatorischen Fragen eine Art Clearing-Stelle beim Bund einzurichten. Es wurde aber auch bemängelt, dass es zu wenige Fördermöglichkeiten für Ehrenamtliche gebe.

Gabriel bestätigte die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion, dass der Bund ausreichend Mittel für Integration auf den Tisch legen müsse: „Die Kommunen organisieren die Integration, Berlin muss Hindernisse aus dem Weg räumen und Geld geben.“ Ein Lob sprach der Präsident des



deutschen Städte- und Gemeindebunds, Roland Schäfer, aus: Seit der letzten Kommunalkonferenz habe sich sehr vieles getan, und die Koalition habe viele gute Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das müsse auch anerkannt werden.

ARBEIT

SPD-Fraktion diskutiert mit Betriebs- und Personalräten über Leiharbeit und Werkverträge

Mehr als 350 Vertreterinnen und Vertreter von Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland haben mit der SPD-Bundestagsfraktion am 24. Februar 2016 über den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Gestaltung der Arbeit der Zukunft diskutiert.

Zu Beginn der diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonferenz machte die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast deutlich, dass es wichtig sei, dass Betriebsräte und Gewerkschaften „klare Kante“ gegenüber den Übergriffen von Rechten gegen Flüchtlinge und rechtspopulistische Äußerungen zeigen. „Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung müssen wir ernst nehmen. Aber es ist eine klare Haltung gefragt.“, so Mast. Sie sei deshalb froh, dass auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) für die Integration von Flüchtlingen verantwortlich sei, denn die setze auf Integration durch gute Arbeit statt durch Dumping-Löhne.

„Klar ist: Mehr Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es nur mit der SPD in den Parlamenten auf Landes-, Bundes- und Europaebene“, sagte Mast. Als Belege dafür nannte sie die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, den gesetzlichen Mindestlohn und als eines der wichtigsten Ziele die Stärkung der Tarifautonomie.

Union blockiert Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zeigte sich in ihrer Rede empört darüber, dass die Union die Ressortabstimmung ihres Gesetzentwurfes zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit verhindere. Sie sei jedoch nicht bereit, an dem vorliegenden Entwurf „auch nur ein Komma zu ändern“. Denn er enthalte viele gute Kompromisse im Sinne der Betroffenen. „Erstmals wären die Werkverträge aus der Grauzone ans Licht gekommen“, bekräftigte Nahles.



Der Gesetzentwurf aus dem Arbeitsministerium sieht unter Anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, gleiche Bezahlung nach neun Monaten und das Verbot des Einsatzes von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher vor. Darüber hinaus beinhaltet er ein Verbot der Vorratsverleiherlaubnis, eine klare Abgrenzung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit sowie die Stärkung der Informationsrechte der Betriebsräte über die Anwendung von Werkverträgen im jeweiligen Betrieb. Bei der Leiharbeit soll Betrieben mit tariflichen Regelungen mehr Flexibilität eingeräumt werden. Auch hierbei sei sie ihrem Prinzip gefolgt, die Tarifbindung zu stärken, betonte Nahles. Durch die Blockadehaltung der Union warteten nun „eine Million Leiharbeiter auf mehr Geld und Sicherheit“.

Flüchtlinge und Einheimische nicht gegeneinander ausspielen

Nahles wurde von den Betriebs- und Personalräten darin unterstützt, sich weiter für die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen einzusetzen. In Bezug auf die notwendige Integration von einer Million Menschen, die vor Krieg und Gewalt nach Deutschland geflohen seien, erteilte Nahles dem Aussetzen des Mindestlohns für Flüchtlinge eine klare Absage. Einheimische und Flüchtlinge dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden.

6

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann bekräftigte, dass Deutschland nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen könne. Deshalb sei eine Kontingentlösung auf europäischer Ebene notwendig. Er stellte gleichzeitig dar, dass gesteuerte Zuwanderung über ein Einwanderungsgesetz angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels eine große Chance für Deutschland sei.

Union muss Koalitionsvertrag einhalten

Der Erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann erläuterte, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktuell und in die Zukunft gerichtet erwarteten, dass die Arbeitswelt gerecht und sicher sei. Zudem wünschten sich die Beschäftigten mehr Selbstbestimmung mit Blick auf mobiles Arbeiten und Home-Office-Zeiten. Zu einer gerechten Arbeitswelt gehöre es auch, dass endlich Schluss gemacht werde mit den Lohndumping-Strategien mittels Leiharbeit und Werkverträgen. Dazu müsse der Koalitionsvertrag eingehalten werden, forderte Hofmann anlässlich der Blockadehaltung durch die Union.



Darüber hinaus tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Werkstattgesprächen mit den Fraktions-Projektgruppen „#NeueZeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel“, „#Neues Miteinander – Einwanderungsland Deutschland“ und „#Neue Chancen – Wertschätzung von Bildung und Arbeit“ aus. Die Betriebs- und Personalratsräte brachten sich so direkt mit ihren Erfahrungen und Forderungen im „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ der SPD-Fraktion ein.

ARBEIT

Positionspapier zu Arbeiten 4.0: Zukunft der Arbeit gestalten

Industrie 4.0, Arbeiten 4.0, Fachkräftesicherung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch mehr Flexibilität in der digitalisierten Arbeitswelt: Mit dem bis Ende 2016 angelegten Dialogprozess Arbeiten 4.0 schafft Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) einen Rahmen für den Dialog über die Zukunft der Arbeit. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion am 23. Februar ein Positionspapier beschlossen und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugeleitet.

7

„In unserem Dialogbeitrag zum Grünbuchprozess des Bundesarbeitsministeriums für Arbeit und Soziales betonen wir, dass die (digitale) Zukunft der Arbeit mehr Chancen als Risiken bietet – vorausgesetzt, sie wird richtig gestaltet“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast. Die Aufgabe der SPD-Fraktion bestehe darin, zukünftig dafür zu sorgen, dass der Mensch bei all diesen Veränderungen nicht auf der Strecke bleibe.

Dazu gehört, die Fort- und Weiterbildung auszubauen und zu stärken, damit möglichst viele Menschen beruflich mithalten können. Der Debattenbeitrag der SPD-Fraktion betont deshalb, dass die Bundesagentur für Arbeit in einem ersten Schritt zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiter zu entwickeln ist.

Dabei soll zunächst ein großer Schwerpunkt bei der Bildung und Weiterbildung im Erwerbsleben gesetzt werden. Als Zukunftsmodell will die SPD-Fraktion eine Arbeitsversicherung, die auch durch Tarifvereinbarungen ergänzt werden kann. „Die Arbeitsversicherung soll stärker proaktiv und lebensbegleitend Weiterbildung und Qualifizierung fördern, damit die Beschäftigten selbstbestimmt ihre beruflichen Ziele verwirklichen können“, sagte Mast.



Notwendig ist aus Sicht der SPD-Fraktion auch, dass die betriebliche Mitbestimmung in einer digitalisierten Arbeitswelt erhalten bleibt. Dieser zentralen Zukunftsaufgabe müssen sich die Gewerkschaften als Tarifpartei und die Betriebsräte in den Betrieben vor Ort ebenso wie die Arbeitgeber stellen. Klar ist für die Fraktion, dass dazu der gesetzliche Rahmen weiterzuentwickeln ist, damit die Gewerkschaften die Beschäftigten effektiv vertreten und weiterhin auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können.

Weitere Anpassungen des Arbeits- und des Sozialrechts an die Erfordernisse einer digitalisierten Arbeitswelt seien insbesondere notwendig, um die Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und fehlende oder unzureichende Altersvorsorge abzusichern. „Arbeitsversicherung, Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung sind die Stichworte für neue Ansätze – das neue Fundament sozialer Sicherheit“, betonte Katja Mast.

Das Papier ist hier in Gänze nachzulesen:

<http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/beschluss-arbeiten-40.pdf>

8

BILDUNG

Meister-BaföG-Reform: mehr Anreize für berufliche Aufstiege

Gesagt. Getan. Gerecht: Einstimmig hat der Bundestag am Freitag die 3. Novelle der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) beschlossen. Ab dem 1. August 2016 wird sie durch spürbare Leistungsverbesserungen, erweiterte Fördermöglichkeiten und strukturelle Modernisierungen neue Anreize zur Weiterbildung schaffen. Auch Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger bekommen künftig Zugang zur „Meister“-Förderung.

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), auch „Meister-BAföG“ genannt, unterstützt finanziell Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten einen einkommensabhängigen Zuschuss zu den Maßnahmenkosten und bei Vollzeitmaßnahmen einen Unterhaltszuschuss. „Die nun verabschiedete Novelle des Gesetzes zeigt: Wir halten unsere Zusagen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ein“, betont der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil. „Meister sind der SPD-Bundestagsfraktion genauso wichtig wie Master“.



Höhere Zuschüsse als im Gesetzentwurf der Regierung

Vor allem durch die Anhebung des Zuschussanteils zu den Kosten der Fortbildung auf 40 Prozent wird die finanzielle Belastung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer beruflichen Aufstiegsfortbildung deutlich verringert. Bisher sind es 30,5 Prozent. „Das ist eine konkrete Hilfe, die wir im parlamentarischen Verfahren durchsetzen konnten. Sie wird die Hürden zur Aufnahme einer Aufstiegsfortbildung deutlich senken. Damit stärken wir maßgeblich die berufliche Bildung in Deutschland“, sagt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Rabanus.

Mit der weiteren Erhöhung des Zuschussanteils zum Unterhaltsbeitrag von 44 Prozent auf 50 Prozent, mit der Anhebung des Belohnungserlasses bei bestandener Abschlussprüfung auf das Restdarlehen von 25 Prozent auf 40 Prozent und weiteren zahlreichen Neuerungen wird das Meister-BAföG nachhaltig modernisiert und an aktuelle Anforderungen an die berufliche Aufstiegsfortbildung angepasst. Bund und Länder steigern ihre gemeinsame Bezuschussung zur Aufstiegsfortbildung deutlich: Die Novelle hat insgesamt ein Jahresvolumen von rund 90 Mio. Euro, und ist damit die größte Ausweitung des Meister-BAföGs seit 2002.

9

Mehr Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung

Auch strukturell werden durch die Reform wichtige Änderungen vorgenommen. So werden zukünftig Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger Zugang zur Meister-Förderung erhalten. Damit wird die Durchlässigkeit zwischen der akademischen und der beruflichen Bildung gestärkt. „Wir unterstützen so Studierende, die nach ihrem Studium einen Betrieb gründen oder übernehmen wollen“, erklärt Martin Rabanus.

Erzieherinnen und Erzieher sind ebenfalls eine der größten Leistungsbezieher des AFBG. „Durch eine sachgerechte Pauschalierung und eine Reduzierung bürokratischer Hürden werden Karriereperspektiven auch in diesem Bereich des dualen Ausbildungssystems durch die Reform gestärkt. Denn die Förderung von Aufstiegsfortbildungen in den Erziehungsberufen ist der SPD-Bundestagsfraktion ein besonderes Anliegen“, so Rabanus.



GESUNDHEIT

Tabakkonsum einschränken – Prävention stärken

Rauchen ist eines der größten vermeidbaren Gesundheitsrisiken in Deutschland und der EU. Am Donnerstag hat der Bundestag den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie beschlossen. Die 28 EU-Mitgliedstaaten müssen diese Richtlinie bis zum 20. Mai dieses Jahres in nationales Recht umsetzen. Das erfolgt in Deutschland weitgehend eins zu eins.

In einem weiteren Gesetzesvorhaben plant Deutschland Werbebeschränkungen, die über die EU-Richtlinie hinausgehen. Insbesondere Jugendliche sollen vom Konsum von Tabakerzeugnissen und E-Zigaretten abgehalten werden.

Folgende Maßnahmen sieht das Gesetz unter anderem vor:

- Das Inverkehrbringen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen wird verboten, wenn sie ein charakteristisches Aroma haben, in ihren Bestandteilen Aromastoffe oder technische Merkmale enthalten, mit denen sich Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen, oder in Filter, Papier oder Kapseln Tabak oder Nikotin enthalten.
- Auf den Packungen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen und Wasserpfeifentabak sind künftig gesundheitsbezogene kombinierte Text-Bild-Warnhinweise anzubringen, die mindestens 65 Prozent der Vorder- und Rückseite der Packungen einnehmen müssen.
- Um die Rückverfolgbarkeit und Echtheit von Tabakerzeugnissen zu gewährleisten, müssen deren Packungen ein individuelles Erkennungsmerkmal und ein fälschungssicheres Sicherheitsmerkmal tragen. Für neuartige Tabakerzeugnisse wird ein Zulassungsverfahren eingeführt.
- Erstmals werden Regelungen zu elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern getroffen. Der Gesetzentwurf enthält Vorschriften zu Inhaltsstoffen, Produktsicherheit, Verpackungsgestaltung und Pflichten für die Hersteller, Importeure und Händler nach Inverkehrbringen sowie ein Rückrufmanagement.